

Gewalt in Nahost treibt neuem Höhepunkt entgegen

Fünf Tote bei neuen Anschlägen - Israel droht nach gescheitertem Attentat vom Sonntag mit Vergeltung

JERUSALEM: Die Gewalt im Nahen Osten treibt offenbar einem neuen Höhepunkt entgegen. Zwei Bombenanschläge im Westjordanland und Gazastreifen heizten die explosive Lage am Montag weiter an. Dabei kamen drei Israelis und die zwei Attentäter ums Leben. Drei Menschen wurden verletzt.

Bereits am Sonntag kamen bei einem missglückten Anschlag beide Attentäter ums Leben. Die israelische Regierung machte erneut den palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat für die Gewalt verantwortlich und drohte mit neuen Methoden der Vergeltung, ohne Details zu nennen.

Fünf Tote

Bei dem Anschlag im Gazastreifen wurden am Montagabend zwei Israelis und der Attentäter getötet, wie der israelische Rundfunk meldete. Zuvor waren bei einer Bombenexplosion an einer Strassensperre im Westjordanland ein Grenzpolizist und der Attentäter ums Leben gekommen. Nach Angaben der israelischen Armee schoss beim zweiten Anschlag ein Palästinenser zunächst auf ein mit Israel besetztes Auto. Anschliessend sprengte er sich in die Luft. Der Zwischenfall ereignete sich auf einer Strasse, die von jüdischen Siedlern benutzt wird.

Der erste Vorfall geschah an einer Strassensperre zwischen Jerusalem und dem Jordantal. Wie es hiess, wur-



Ein palästinensischer Attentäter sprengte sich mit seinem Auto in die Luft. Vergeltung für die Anschläge wurde bereits angekündigt. (Bilder: Keystone)

de ein verdächtiger Wagen an der Strassensperre angehalten. Daraufhin habe der Fahrer einen Sprengsatz gezündet und sich selbst sowie den Polizisten in die Luft gejagt.

Drohungen

Regierungssprecher Raanan Gissin reagierte auf den Anschlag vom Sonntag mit den Worten, Israel wolle die Gewalt zwar nicht eskalieren lassen, doch sollten die Terroristen erkennen,

dass wir mehr Möglichkeiten haben, als bisher angewendet wurden. Gissin bezog sich auf den gescheiterten Angriff auf einen israelischen Heeresstützpunkt bei Hadera, zu dem sich später die militanten El-Aksa-Brigaden bekannten.

Bundesaussenminister Joschka Fischer und seine EU-Kollegen riefen unterdessen beide Seiten zum Waffenstillstand auf. Fischer sagte am Montag beim Treffen der EU-Aussenminis-

ter in Brüssel, der Friedensprozess im Nahen Osten könne nur mit einem dauerhaften und belastbaren Waffenstillstand wieder in Gang gebracht werden. Die Lage in der Region sei «hochgefährlich und dramatisch». Zugleich hob Fischer die Bedeutung einer gemeinsamen internationalen Haltung hervor. Diese müsse von der EU, den USA, den Vereinten Nationen sowie den gemässigten arabischen Staaten vertreten werden.

Schill ganz entspannt

HAMBURG: Die Haaranalyse von Hamburgs Innensenator Ronald Schill hat gemäss dem Münchner Institut für Rechtsmedizin keinen Hinweis auf einen regelmässigen Kokain-Konsum ergeben. Schill sprach von einer Schmutzkampagne gegen ihn. Anonym hatte ein Mitglied seiner Partei Rechtsstaatlicher Offensive in einer Fernsehsendung Schill beschuldigt, selbst Kokain genommen zu haben. Der als «Richter Gnadenlos» bekannt gewordene Schill war zuvor schon Gerüchten über einen angeblichen Drogenkonsum entgegengetreten. Der Senator tritt für eine entschiedener Bekämpfung der Drogenszene ein. Seine neu gegründete Partei hatte bei der Regionalwahl in Hamburg im letzten Herbst einen Überraschungserfolg erzielt.

Torpedo Ursache für «Kursk»-Untergang

MURMANSK: Der Chef der russischen Marine hat erstmals eine Treibstoffexplosion an Bord der «Kursk» für den Untergang des Atom-U-Boots verantwortlich gemacht. Der gefährliche Torpedomotor aus flüssigem Wasserstoffperoxid sei nach dem Unglück vor anderthalb Jahren umgehend aus dem Verkehr gezogen worden, sagte Marinekommandant Wladimir Kurojedow am Montag in Murmansk. Der zuständige Staatsanwalt Wladimir Ustinow bestätigte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass sich in der Nähe des gesunkenen Atom-U-Boots zum Zeitpunkt des Unglücks keine fremden Schiffe aufgehalten hätten. Zunächst hatte Russland die Theorie vertreten, die «Kursk» sei mit einem anderen U-Boot zusammengestossen.

Milosevic macht Westen für Balkan-Kriege verantwortlich

Erste Zeugenaussage - Ex-Präsident habe keine Kenntnisse von Massakern während der Kriege gehabt



Der ehemalige jugoslawische Präsident Milosevic stellte sich in seiner Verteidigungsrede vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als einen Protagonisten des Friedens dar.

DEN HAAG: Mit der Aussage des ersten Zeugen der Anklage ist der Prozess gegen den jugoslawischen Expräsidenten Slobodan Milosevic am Montag in die zweite Phase getreten. Zuvor hatte der Angeklagte vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal seine bereits Ende vergangener Woche begonnene Verteidigungsrede zu Ende geführt und dabei die westlichen Mächte für die gewaltsame Zerschlagung des alten Jugoslawiens und die damit verbundenen Gräueltaten verantwortlich gemacht.

Als erster Zeuge sagte am Montagabend der frühere Provinzchef des kommunistischen Bundes Jugoslawiens im Kosovo, Mahmut Bakali, zum Konflikt in der mehrheitlich von Albanern bewohnten serbischen Provinz aus. Er sprach von einem Plan der Belgrader Führung oder Milosevics, das Kosovo völlig unter serbische Kontrolle zu bekommen und die Albaner zu vertreiben. Dies habe ihm 1997 der serbische Sicherheitschef David Gajic anvertraut.

Bakali habe mit Milosevic geredet und ihn auf das Massaker in dem Dorf Prekaz angesprochen, bei dem 40 Menschen ums Leben kamen. Milosevic habe davon gewusst, aber auf die Vorhaltung, dass er Frauen und Kinder tötete, nur gesagt, dass er gegen den Terrorismus kämpfe.

Von nichts gewusst

Bei seiner Verteidigungsrede beschuldigte Milosevic zuvor den Westen, den Nationalismus im ehemaligen Jugoslawien angestachelt zu haben. Von dem Massaker in Srebrenica, desentwegen er des Völkermordes angeklagt ist, habe er erst vom UN-Gesandten Carl Bildt erfahren.

Bei dem Massenmord in der UN-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995

wurden auf Befehl der bosnisch-serbischen Führer Radovan Karadzic und Ratko Mladic mehr als 7000 muslimische Männer und Jungen zusammengetrieben und getötet. Nachdem Bildt ihm von dem Massaker berichtet habe, habe er Karadzic angerufen. «Er schwor, dass er nichts davon wusste», sagte Milosevic. Die Zerschlagung des Vielvölkerstaats Jugoslawien habe zu einem Plan

der westlichen Mächte gehört, die Vorherrschaft in Osteuropa zu erlangen, sagte Milosevic. Dazu habe sich der Westen für die Methode des nationalistischen Konflikts entschieden. Seine entscheidende Rolle beim Dayton-Abkommen, mit dem der Krieg in Bosnien 1995 beendet wurde, werde ignoriert. Stattdessen werde er unbegründet mit falschen Anklagen verfolgt.

EU verhängt Sanktionen

Harare verweigert Journalisten Akkreditierung

BRÜSSEL: Aus Protest gegen die Ausweisung des Leiters der europäischen Wahlbeobachter in Simbabwe verhängt die EU Sanktionen gegen das südafrikanische Land. Wie die EU-Aussenminister am Montag in Brüssel entschieden, wird der Verkauf von Waffen und militärischem Gerät ausgesetzt.

Gegen Personen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, wird ein Einreiseverbot verhängt und ihr in der EU angelegtes Vermögen eingefroren. Zugleich zieht die Union alle Beobachter für die Wahl im März zurück.

Der Leiter der EU-Delegation, der schwedische Diplomat Pierre Schori, war von der simbabwischen Regierung am Wochenende zum Verlassen des Landes aufgefordert worden. In der Nacht zum Sonntag flog er nach Europa zurück. Die EU-Beobachter sollten den Ablauf der Präsidentenwahl am 9. und 10. März begleiten.

Offiziell hatte Simbabwe 26 europäische Beobachter für die Wahl akkreditiert, aber Schori und andere Schweden sowie Delegierte der ehemaligen Kolonialmacht Grossbri-

tannien ebenso wie Abgesandte aus Deutschland, Dänemark, Finnland und den Niederlanden abgelehnt. Die EU-Aussenminister betonten in einer Erklärung, mit den Sanktionen sollten lediglich die Machthaber, nicht aber die Bevölkerung getroffen werden.

Keine Journalisten

Am Montag untersagte die Regierung in Harare zahlreichen ausländischen Journalisten die Berichterstattung über die Wahl im März. Schwedischen und weiteren europäischen Reportern wurde die Akkreditierung ebenso verweigert wie einigen Kollegen aus Südafrika. Einigen US-Medien, darunter auch die Nachrichtagentur AP, verbot die Regierung, ausländische Journalisten einzusetzen.

Zu vermieten in Balzers

wunderschöne
Attikawohnung 120 m²

3 1/2 Zimmer • 2 Balkone • inkl. 2300.-

Anfragen unter Chiffre 1431 beim
Lichtensteiner Volksblatt
Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan